Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses zum Thema „Abschließende Bemerkungen des Ausschusses der Vereinten Nationen für die Rechte von Menschen mit Behinderungen — Eine neue Strategie zugunsten von Menschen mit Behinderungen in der Europäischen Union“

(Initiativstimmung)

(2017/C 034/03)

Berichtersteller: **Ioannis VARDAKASTANIS**

Befassung	Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss, 21.1.2016
Rechtsgrundlage	Artikel 29 Absatz 2 der Geschäftsordnung Initiativstimmung
Zuständige Fachgruppe	Beschäftigung, Sozialfragen, Unionsbürgerschaft
Annahme in der Fachgruppe	27.9.2016
Verabschiedung auf der Plenartagung	19.10.2016
Plenartagung Nr.	520
Ergebnis der Abstimmung (Ja-Stimmen/Nein-Stimmen/Ent- haltungen)	211/1/3

1. Schlussfolgerungen und Empfehlungen

1.1. Die Ratifizierung des Übereinkommens der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (UN-Behindertenrechtskonvention) durch die Europäische Union ist ein Meilenstein für die Rechte von Menschen mit Behinderungen, für die EU und für ihre Mitgliedstaaten. Den Abschluss der ersten Phase der Umsetzung der Behindertenrechtskonvention bildet die Überprüfung der EU durch den Ausschuss der Vereinten Nationen für die Rechte von Menschen mit Behinderungen im Jahr 2015. In den abschließenden Bemerkungen des UN-Ausschusses für die Rechte von Menschen mit Behinderungen werden die EU-Organe aufgerufen, ihren Verpflichtungen nachzukommen, da sie die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention gemäß den abschließenden Bemerkungen organisieren und koordinieren sollten. In den abschließenden Bemerkungen wurde erneut bekräftigt, dass die Art und Weise, in der die EU-Politik für Menschen mit Behinderungen gestaltet wird, grundlegend umstrukturiert werden muss. Bislang ist die EU bei ihrer Politikgestaltung der neuen, vom UN-Ausschuss für die Rechte von Menschen mit Behinderungen geforderten Umstrukturierung nicht wirklich gerecht geworden.

1.2. Der EWSA fordert die EU-Organe auf, die abschließenden Bemerkungen durchgängig in die geltenden und künftigen Vorschriften und politischen Maßnahmen der EU zu integrieren. Darüber hinaus ruft er die Kommission auf, dem UN-Ausschuss für die Rechte von Menschen mit Behinderungen bis Herbst 2016 Bericht zu erstatten.

1.3. Der EWSA ist der Auffassung, dass die UN-Behindertenrechtskonvention und die abschließenden Bemerkungen des UN-Ausschusses der Kommission eine einmalige Möglichkeit bieten, eine allumfassende EU-Strategie für die Rechte von Menschen mit Behinderungen vorzulegen. Mit den abschließenden Bemerkungen werden Impulse geschaffen, die die EU-Organe nutzen sollten und die dazu führen sollten, dass die Rechte von Menschen mit Behinderungen systematisch in die gesamte Rechtsetzung der EU, ihre Politik und ihre Programme einbezogen werden.

1.4. Um die Rechte von Menschen mit Behinderungen durchgängig zu verankern, muss die Kommission eine übergreifende und umfassende Bestandsaufnahme ihrer Rechtsvorschriften, politischen Maßnahmen und Programme vornehmen, um eine umfassende Anpassung an die Bestimmungen der UN-Behindertenrechtskonvention zu gewährleisten, und die Vertreterorganisationen von Menschen mit Behinderungen aktiv in diesen Prozess einbinden. Diese Bestandsaufnahme sollte durch eine Lückenanalyse ergänzt werden, mit der die Unterschiede zwischen geltendem Recht, gegenwärtiger Politikgestaltung und durchgängiger Verankerung der Rechte von Menschen mit Behinderungen auf der einen und der UN-Behindertenrechtskonvention auf der anderen Seite untersucht werden. Die Bestandsaufnahme und die Lückenanalyse sollten ausdrücklich in die Europäische Strategie zugunsten von Menschen mit Behinderungen aufgenommen werden.

1.5. Der EWSA erinnert die Kommission daran, dass sie verpflichtet ist, die Überprüfung und Aktualisierung der Erklärung über die Zuständigkeiten und die dazugehörige Liste der Instrumente umgehend durchzuführen. Darüber hinaus sollte sie eine Selbstverpflichtung eingehen, wonach sie die Zuständigkeitserklärung im Laufe ihrer Amtszeit mindestens einmal überprüft und überarbeitet.

1.6. Der EWSA nimmt zur Kenntnis, dass die Prüfung der EU durch den UN-Ausschuss für die Rechte von Menschen mit Behinderungen in der Mitte des Programmplanungszeitraums 2014–2020 stattgefunden hat, und anerkennt, dass es schwierig ist, die neue Agenda für die Rechte von Menschen mit Behinderungen, die sich für die EU aus den abschließenden Bemerkungen ergibt, während der Halbzeitüberprüfung der Strategien, politischen Maßnahmen, Programme und Finanzierungsinstrumente durchgängig zu verankern. Dennoch empfiehlt der Kommission, alle erdenklichen Anstrengungen zu unternehmen, um die abschließenden Bemerkungen durchgängig in den Überprüfungsprozess aufzunehmen und die erforderlichen Ressourcen für die Umsetzung ihrer Verpflichtungen aus der UN-Behindertenrechtskonvention bereitzustellen.

1.7. In der UN-Behindertenrechtskonvention ist ausdrücklich vorgesehen, dass die repräsentativen Behindertenorganisationen konsultiert und in den Prozess der Umsetzung und Überwachung der Konvention einbezogen werden müssen. Der EWSA ruft die Kommission auf, einen echten und sinnvollen strukturierten Dialog mit der europäischen Behindertenbewegung zu führen (gemäß Artikel 4 Absatz 3 und Artikel 33 Absatz 3). Zusätzlich sollte die Kommission für die Behindertenorganisationen ein Programm zum Auf- und Ausbau von Kapazitäten erstellen, damit diese ihre grundsätzlichen Aufgaben erfüllen können.

1.8. Der EWSA ist der Auffassung, dass für die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention die Zusammenarbeit und Partnerschaft zwischen den EU-Organen von außerordentlicher Bedeutung ist. Aus diesem Grund empfiehlt er, einen Mechanismus für die interinstitutionelle Koordinierung einzusetzen, durch den eine rasche und reibungslose Umsetzung der abschließenden Bemerkungen und der UN-Behindertenrechtskonvention erleichtert wird, zu der auch die Konsultation und Einbeziehung der Behindertenorganisationen gehört.

1.9. Laut den abschließenden Bemerkungen muss die europäische Strategie zugunsten von Menschen mit Behinderungen tief greifend überprüft und überarbeitet werden. Deshalb ruft der EWSA die Kommission auf, eine Bestandsaufnahme der Entwicklungen im Hinblick auf die Behindertenrechte durchzuführen, den Geltungsbereich der europäischen Strategie zugunsten von Menschen mit Behinderungen um zusätzliche Handlungsbereiche auszuweiten und sie mit der Überprüfung und Überarbeitung von politischen Maßnahmen, Programmen und Finanzierungsinstrumenten (z. B. in Bezug auf die Europa-2020-Strategie, die Strategie für die Gleichstellung von Frauen und Männern, die Strategie für die Rechte von Kindern oder die Zusagen der EU in Bezug auf auswärtiges Handeln) zu verbinden, wobei ein genauer Zeitplan für die Umsetzung, Finanzmittel und spezifische und eindeutige Referenzwerte und Indikatoren vorzusehen sind.

1.10. Die EU hat sich verpflichtet, die Ziele für nachhaltige Entwicklung der Agenda 2030 der Vereinten Nationen vollständig umzusetzen, und muss sicherstellen, dass sie die abschließenden Bemerkungen und Bestimmungen der UN-Behindertenrechtskonvention sowohl intern als auch extern umfassend berücksichtigt. Deshalb empfiehlt der EWSA nachdrücklich, die Umsetzung der Agenda 2030 in die überarbeitete europäische Strategie zugunsten von Menschen mit Behinderungen aufzunehmen, indem sie europäische Zielvorgaben und Maßnahmen zur Erreichung aller Nachhaltigkeitsziele innerhalb der EU auch in Bezug auf Menschen mit Behinderungen festlegt.

1.11. Der EWSA ist der festen Überzeugung, dass die EU die Verwendung von EU-Mitteln zur Schaffung bzw. Aufrechterhaltung des Betriebs von Institutionalisierungsstrukturen verhindern sollte. Der EWSA unterstützt in vollem Umfang die Verwendung von EU-Mitteln zur Schaffung von ortsnahe Dienstleistungen für Menschen mit Behinderungen, damit sie in ihrer örtlichen Gemeinschaft ein selbstständiges Leben führen können. Die Institutionalisierung von Menschen mit Behinderungen stellt eine Verletzung ihrer Rechte dar. Der EWSA fordert die Kommission mit Nachdruck auf, die Deinstitutionalisierung mithilfe von spezifischen Maßnahmen, Programmen und Finanzierungsinstrumenten systematischer und effektiver zu fördern.

1.12. Der EWSA fordert die Kommission auf, die Ratifizierung des Fakultativprotokolls zur UN-Behindertenrechtskonvention, zum Vertrag von Marrakesch und zum Übereinkommen von Istanbul des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt umgehend in die Wege zu leiten.

1.13. Der EWSA schlägt der Kommission mit Nachdruck vor, in all ihren Generaldirektionen, Agenturen und Einrichtungen zentrale Anlaufstellen einzurichten und die Behindertenorganisationen uneingeschränkt in den Politikgestaltungsprozess einzubinden, um horizontale und vertikale Strukturen zu schaffen, mit denen die volle Einbeziehung und durchgängige Aufnahme der Behindertenrechte in die Rechtsvorschriften, politischen Maßnahmen und Programme der EU gefördert wird.

1.14. Der EWSA vertritt die Ansicht, dass die Kommission diesen Prozess in Zusammenarbeit mit anderen EU-Organen, Agenturen und Einrichtungen der Europäischen Union einleiten sollte, um die neue globale Agenda 2020-2030 für die Rechte von Menschen mit Behinderungen sorgfältig vorzubereiten und auszuarbeiten, die vollständig und durchgängig in die globalen sozialen und makroökonomischen Strategien verankert werden sollte (z. B. Europa-2020-Strategie und ihre Umsetzungsmechanismen). Er empfiehlt außerdem, eine Arbeitsgruppe unter Beteiligung aller Interessenträger und Behindertenorganisationen einzusetzen, die diese Initiative ausführt und umsetzt. Der EWSA empfiehlt der Kommission, die Umsetzung der globalen Agenda 2020-2030 für die Rechte von Menschen mit Behinderungen zum Europäischen Jahr der Rechte von Menschen mit Behinderungen (2021) einzuleiten.

1.15. Der EWSA nimmt die positiven Initiativen der Kommission in Bezug auf den barrierefreien Zugang, insbesondere die Trilog-Vereinbarung über die Richtlinie über den barrierefreien Zugang zu Websites öffentlicher Stellen sowie den Vorschlag der Kommission für den Europäischen Rechtsakt zur Barrierefreiheit, zur Kenntnis und fordert die EU-Organe nachdrücklich auf, die entsprechenden Verhandlungen abzuschließen. Der EWSA ist jedoch besorgt über die horizontale Gleichbehandlungsrichtlinie und fordert, dass die Verhandlungen wieder in Gang gebracht werden und dass die abschließenden Bemerkungen und die UN-Behindertenrechtskonvention in dieser neuen Phase Berücksichtigung finden.

1.16. Der EWSA fordert alle EU-Organe auf, sicherzustellen, dass Menschen mit Behinderungen durch die Sparmaßnahmen in der Wahrnehmung ihrer in der Behindertenrechtskonvention verankerten Rechte nicht beeinträchtigt werden. Er ruft deshalb die Kommission auf, die hierzu notwendige soziale Grundsicherung zu schaffen und auch das Recht von Menschen mit Behinderungen auf angemessenen Lebensstandard und Sozialschutz zu achten.

1.17. Der EWSA fordert die Kommission und Eurostat auf, statistische Werkzeuge zu entwickeln, anhand derer die Auswirkungen der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention auf Menschen mit Behinderungen sowohl auf europäischer als auch auf nationaler Ebene gemessen werden können. Darüber hinaus ist er der Auffassung, dass die Erfassung von Daten auf der Grundlage eines menschenrechtsorientierten Ansatzes im Hinblick auf Menschen mit Behinderungen, die nach Behinderung, Alter und Geschlecht aufgeschlüsselt sind, positive Auswirkungen auf die Entwicklung und Umsetzung von Rechtsvorschriften, politischen Maßnahmen und Programmen der EU haben wird.

1.18. Der EWSA stellt fest, dass die EU über die notwendigen Kompetenzen verfügt, um die einzelstaatlichen Maßnahmen zu begleiten und sicherzustellen, dass alle EU-Bürger vor dem Gesetz gleich sind und dass sie nicht nur nicht ihrer Rechtsfähigkeit und ihrer Rechte beraubt werden, sondern auch an den Europawahlen und an allen anderen Wahlen der EU gleichberechtigt mit anderen teilnehmen können. Aus diesem Grund fordert er die Kommission und insbesondere die GD Justiz auf, ein auf der offenen Methode der Koordinierung beruhendes Programm anzunehmen und damit die Annäherung der Mitgliedstaaten an das Prinzip der gleichberechtigten Anerkennung vor dem Gesetz zu erleichtern.

1.19. Der EWSA bemüht sich, bei der Umsetzung der spezifischen Verpflichtungen, die der UN-Ausschuss für die Rechte von Menschen mit Behinderungen herausgestellt hat und die die EU als öffentliche Verwaltung erfüllen muss, mit gutem Beispiel voranzugehen, indem er sicherstellt, dass die Rechte seiner Bediensteten und Mitglieder sowie seine Kommunikationssysteme mit der UN-Behindertenrechtskonvention vereinbar sind.

2. Einführung

2.1. Der EWSA begrüßt die abschließenden Bemerkungen des Ausschusses der Vereinten Nationen für die Rechte von Menschen mit Behinderungen⁽¹⁾, da sie ein umfassendes Programm enthalten, mit dem die EU ihrer Politikgestaltung einen am Menschen und an den Menschenrechten orientierten Ansatz im Hinblick auf Menschen mit Behinderungen geben kann.

2.2. Der EWSA erinnert daran, dass die Kommission den Entwurf eines Vorschlags für eine Gleichbehandlungsrichtlinie vor dem Abschluss der UN-Behindertenrechtskonvention vorgelegt hat. Zudem haben das Europäische Parlament und der Rat der Europäischen Union im Rahmen ihrer Verhandlungen nach und nach Änderungen vorgenommen, die nicht im Einklang mit den aus der UN-Behindertenrechtskonvention erwachsenden Verpflichtungen stehen. Aus diesem Grund fordert der EWSA die Kommission auf, im Zuge der aktuellen interinstitutionellen Verhandlungen einen Vorschlag für die Anpassung des vorgeschlagenen Richtlinienentwurfs zu unterbreiten, damit er in Bezug auf die Rechte von Menschen mit Behinderungen im Einklang mit der UN-Behindertenrechtskonvention und selbstverständlich auch mit den abschließenden Bemerkungen steht, sowie das Verbot von mehrfacher und sich überschneidender Diskriminierung und Diskriminierung durch Assoziierung aufzunehmen.

⁽¹⁾ Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen.

2.3. Der EWSA betont, dass sich die Sparmaßnahmen negativ auf die Lebensbedingungen von Menschen mit Behinderungen und ihren Familien ausgewirkt haben. Das Ausmaß der Armut, Ausgrenzung, Diskriminierung und Ungleichheit hat infolge der Wirtschaftskrise zugenommen. In vielen Mitgliedstaaten ist die Wirtschaftskrise zu einer Menschenrechtskrise geworden und zahlreiche Menschen mit Behinderungen sowie ihre Familien sind nun vollkommen schutzlos. Der EWSA ruft deshalb die EU auf, eine minimale soziale Grundsicherung zu schaffen, um die Rechte von Menschen mit Behinderungen und deren angemessenen Lebensstandard und Sozialschutz zu schützen. Dieser Mechanismus sollte in den Prozess des Europäischen Semesters aufgenommen werden.

2.4. Darüber hinaus hat der UN-Ausschuss für die Rechte von Menschen mit Behinderungen der EU empfohlen, eine für alle EU-Organe geltende übergreifende UN-Behindertenrechtsstrategie zu konzipieren und im Rahmen des mehrjährigen Finanzrahmens spezifische Finanzmittel dafür vorzusehen. Aus diesem Grund ist der EWSA der Auffassung, dass eine hochrangige Tagung der führenden Entscheidungsträger der EU-Organe und -Einrichtungen notwendig ist, um den Vorbereitungs- und Verabschiedungsprozess einer interinstitutionellen Agenda zur UN-Behindertenrechtskonvention einzuleiten; diese Agenda sollte konkrete Ziele und Vorgaben umfassen. In der allumfassenden Strategie sollten die Zuständigkeiten der einzelnen EU-Organe bei der Umsetzung der Behindertenrechtskonvention festgelegt werden.

2.5. Die EU muss einen echten und sinnvollen strukturierten Dialog mit europäischen Vertreterorganisationen von Menschen mit Behinderungen auf den Weg bringen und sicherstellen, dass sie sowohl wirksam und sinnvoll an der Rechtsetzung und Politikgestaltung der EU teilnehmen als auch proaktiv ihre Sensibilisierungskampagnen für die Rechte von Menschen mit Behinderungen durchführen können. Darüber hinaus muss die EU sicherstellen, dass die Behindertenorganisationen über die nötige Finanzkraft zur Unterstützung ihrer Arbeit verfügen. Deshalb muss für den Auf und Ausbau der Kapazitäten von Behindertenorganisationen eine eigene Haushaltslinie geschaffen werden.

2.6. Die allumfassende und bereichsübergreifende durchgängige Verankerung und Umsetzung der Bestimmungen der UN-Behindertenrechtskonvention durch die EU und die Ausarbeitung einer neuen EU-Agenda zur Behindertenrechtskonvention setzen die Schaffung eines Rahmens für partizipative Governance und Partnerschaft voraus, damit alle Hauptakteure und Interessenträger gemeinsam mit den EU-Organen uneingeschränkt inklusiv an der Politikgestaltung teilhaben können.

2.7. Aus diesem Grund sollte die Europäische Kommission unverzüglich und dringend eine Bestandsaufnahme und eine Lückenanalyse aller internen und externen politischen Maßnahmen und Programme der EU durchführen und sicherstellen, dass sie den Bestimmungen der Behindertenrechtskonvention Rechnung tragen. Darüber hinaus müssen alle globalen Strategien und politischen Maßnahmen der EU im Einklang mit den abschließenden Bemerkungen stehen, darunter auch die Europa-2020-Strategie und das Europäische Semester, die europäische Säule sozialer Rechte, die Agenda 2030 der Vereinten Nationen sowie Finanzierungsinstrumente wie die europäischen Struktur- und Investitionsfonds.

2.8. Es ist von größter Bedeutung, dass die Umsetzung der abschließenden Bemerkungen durch die EU auf der höchsten politischen Ebene behandelt wird. Genauer gesagt sollte die Europäische Kommission in ihr Arbeitsprogramm 2017 eine eigens diesem Zweck gewidmete politische Initiative aufnehmen. Die vollständige durchgängige Verankerung und Einbeziehung der abschließenden Bemerkungen in die politischen Maßnahmen und Programme der EU setzt voraus, dass die Kommission eine allumfassende Strategie zur Behindertenrechtskonvention erarbeitet. Der EWSA ruft die Europäische Kommission auf, den Prozess zur Verwirklichung der allumfassenden Strategie zur Behindertenrechtskonvention dringend in die Wege zu leiten und die uneingeschränkte Konsultation und Einbindung von Behindertenorganisationen sicherzustellen.

2.9. Im Jahr 2021 jährt sich die Ratifizierung der EU-Behindertenrechtskonvention durch die EU zum zehnten Mal. Der EWSA ist der Auffassung, dass das Jahr 2021 aus diesem Grund gut geeignet ist, zum zweiten Europäischen Jahr der Menschen mit Behinderungen ausgerufen zu werden. Der EWSA weist darauf hin, dass die Kommission das erste Europäische Jahr der Menschen mit Behinderungen im Jahr 2003 ausgerufen hat. Deshalb empfiehlt der EWSA, dass die EU-Organe umgehend mit den Vorbereitungen beginnen und die notwendigen Schritte einleiten, um das Jahr 2021 zum zweiten Europäischen Jahr der Rechte von Menschen mit Behinderungen zu erklären.

3. Die abschließenden Bemerkungen — eine Chance für eine inklusivere EU für Menschen mit Behinderungen

3.1. Allgemeine Grundsätze und Pflichten (Artikel 1-4)

3.1.1. Obwohl die EU die UN-Behindertenrechtskonvention ratifiziert hat, hat sie bislang noch keine bereichsübergreifende und umfassende Überprüfung ihrer Rechtsvorschriften, politischen Maßnahmen und Programme vorgenommen. Der EWSA fordert die Kommission auf, diese Überprüfung dringend durchzuführen. Darüber hinaus sollte die Kommission in jeder Generaldirektion eine zentrale Stelle für die UN-Behindertenrechtskonvention mit der Ausführung beauftragen.

3.1.2. Es ist bedauerlich, dass die EU das Fakultativprotokoll zur Konvention bislang nicht ratifiziert hat. Deshalb fordert der EWSA die EU auf, das Fakultativprotokoll zur Konvention unverzüglich zu ratifizieren und dadurch Menschen mit Behinderungen die Möglichkeit zu geben, bei einer Verletzung ihrer in der Konvention verankerten Rechte Beschwerde beim Ausschuss der Vereinten Nationen für die Rechte von Menschen mit Behinderungen einzulegen.

3.1.3. Der an den Menschenrechten orientierte Ansatz im Hinblick auf Menschen mit Behinderungen sollte in die EU-Rechtsetzung und Politikgestaltung vollständig aufgenommen und verankert werden. Der EWSA fordert den juristischen Dienst der EU-Organen auf, eine umfassende Studie zu den Auswirkungen der Ratifizierung der UN-Behindertenrechtskonvention auf das Rechtssystem der EU durchzuführen, um die Konvention als einen angemessenen Rahmen für die Rechtsetzung und Politikgestaltung zu etablieren. Die juristischen Dienste der EU tragen den Verpflichtungen der EU gegenüber der UN-Behindertenrechtskonvention nicht genügend Rechnung.

3.1.4. Der EWSA fordert den Generalsekretär der Kommission auf, die Leitlinien für die Folgenabschätzung zu überprüfen und abzuändern, um eine erschöpfendere Auflistung der Themen und Fragen darin aufzunehmen, sodass die Einhaltung der Konvention besser beurteilt werden kann.

3.1.5. Der UN-Ausschuss für die Rechte der Menschen mit Behinderungen hat die EU ersucht, bis Herbst 2016 eine unter Berücksichtigung des ganzheitlichen Ansatzes aus der abschließenden Bemerkung Nr. 17 vorgenommene Überarbeitung der Zuständigkeitserklärung und die dazugehörige Liste der Instrumente vorzulegen. Die Überarbeitung der vorgenannten Erklärung sollte mindestens einmal pro Mandatsperiode erfolgen.

3.2. *Spezifische Rechte (Artikel 5-30)*

3.2.1. Die Kommission hat keine EU-Strategie zur Nichtdiskriminierung und Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen eingeführt, die im Einklang mit den Bestimmungen der UN-Behindertenrechtskonvention und den abschließenden Bemerkungen stünde. Deshalb fordert der EWSA die Kommission auf, in Bezug auf die horizontale Gleichbehandlungsrichtlinie (siehe Ziffer 2.2) umgehend zu handeln und auch die Richtlinie 2000/78/EG zur Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf zu überprüfen.

3.2.2. Die Kommission sollte die Perspektive von Frauen und Mädchen mit Behinderungen, einschließlich der Datenerhebungen des Europäischen Instituts für Gleichstellungsfragen, in ihre Politik zur Gleichstellung der Geschlechter aufnehmen. Darüber hinaus sollten die Rechte von Frauen und Mädchen mit Behinderungen auch im strategischen Engagement der Kommission für die Gleichstellung der Geschlechter 2016-2019 sowie in ihrer Rechtssetzungsarbeit und ihren politischen Maßnahmen zum Thema Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben verankert werden. Der EWSA fordert die EU auf, das Übereinkommen von Istanbul des Europarates baldmöglichst zu ratifizieren.

3.2.3. Die EU sollte in die erneuerte EU-Agenda für die Rechte des Kindes eine umfassende Strategie für die Rechte von Jungen und Mädchen mit Behinderungen aufnehmen und die Rechte von Kindern mit Behinderungen durchgängig in der gesamten EU-Behindertenpolitik verankern. Kinder mit Behinderungen und ihre Familien sollten zudem gemäß Artikel 4 Absatz 3 der UN-Behindertenrechtskonvention in die gesamte Beschlussfassung der EU einbezogen werden.

3.2.4. Die EU sollte auch die besondere Situation von jungen Menschen mit Behinderungen anerkennen sowie die Tatsache, dass diese Menschen in ihrem Alltag oftmals vielfältigen Formen von Diskriminierung ausgesetzt sind, insbesondere im Hinblick auf die Chancengleichheit junger Menschen auf dem Arbeitsmarkt und die aktive Teilnahme junger Menschen mit Behinderungen an der Gesellschaft im Allgemeinen. Deshalb sollte die EU die spezifische Situation von in der EU lebenden jungen Menschen mit Behinderungen bewerten und entsprechende Verbesserungen vorschlagen⁽²⁾. Darüber hinaus sollte die EU sicherstellen, dass dieser Aspekt in die nächste EU-Strategie für die Jugend aufgenommen wird.

3.2.5. Die EU sollte in Zusammenarbeit mit den öffentlichen Medien (einschließlich sozialer Medien) eine umfassende Kampagne in die Wege leiten, um das Bewusstsein für die Konvention zu schärfen und so Vorurteile gegenüber Menschen mit Behinderungen abzubauen. Es ist von größter Bedeutung, dass auch Menschen mit Behinderungen über ihre Vertreterorganisationen an dieser Kampagne teilnehmen.

3.2.6. Die EU sollte Schulungsmaßnahmen zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen und der entsprechenden Sensibilisierung in der Verkehrs- und Tourismusbranche fördern, erleichtern und finanzieren und die Zusammenarbeit und den Austausch bewährter Verfahrensweisen zwischen europäischen Organisationen, die im Bereich Behinderungen tätig sind, und öffentlichen und privaten Stellen im Verkehrsbereich unterstützen. Sämtliches Material im Zusammenhang mit u. a. Auf- und Ausbau von Kapazitäten, Schulungen, Sensibilisierung, öffentlichen Erklärungen sollte in zugänglichem Format zur Verfügung stehen.

⁽²⁾ ABl. C 181 vom 21.6.2012, S. 2.

3.2.7. Der EWSA begrüßt den Vorschlag der Kommission für den Europäischen Rechtsakt zur Barrierefreiheit, der mit Artikel 9 und weiteren Bestimmungen der UN-Behindertenrechtskonvention (in Verbindung mit wirksamen und barrierefreien nationalen Durchsetzungs- und Beschwerdemechanismen) vollständig im Einklang stehen muss. Er fordert die EU-Organe auf, den Schlussfolgerungen und Empfehlungen aus seiner Stellungnahme zum Europäischen Rechtsakt zur Barrierefreiheit⁽³⁾ Rechnung zu tragen, und die Beteiligung der Menschen mit Behinderungen über ihre Vertreterorganisationen am Annahmeprozess sicherzustellen.

3.2.8. Der EWSA begrüßt die interinstitutionelle Trilog-Vereinbarung über den Vorschlag für die Richtlinie über den barrierefreien Zugang zu Websites öffentlicher Stellen und fordert die Organe nachdrücklich auf, diesen in einen Beschluss umzuwandeln; darüber hinaus fordert er die nationalen Regierungen nachdrücklich auf, die Bestimmungen des Vorschlags unverzüglich umzusetzen. Der EWSA begrüßt ferner, dass zahlreiche seiner in der Stellungnahme⁽⁴⁾ verabschiedeten Empfehlungen in den endgültigen Text der Richtlinie eingeflossen sind.

3.2.9. In die Strategien zur Katastrophenvorsorge hat die EU noch nicht genügend Maßnahmen zugunsten von Menschen mit Behinderungen aufgenommen. Der EWSA fordert deshalb, dass der Rat der Europäischen Union einen Katastrophenvorsorgerahmen für Menschen mit Behinderungen in Europa annimmt.

3.2.10. Die EU sollte alle erforderlichen Maßnahmen ergreifen, um die Notrufnummer 112 für alle zugänglich zu machen. Der EWSA unterstreicht, dass auch dringend geeignete Maßnahmen zur Gewährleistung der Zugänglichkeit nationaler Notfallstellen getroffen werden müssen.

3.2.11. Der EWSA fordert die EU und die Mitgliedstaaten auf, im Hinblick auf Menschen mit Behinderungen im Rahmen ihrer Migrations- und Flüchtlingspolitik einen an Menschenrechten orientierten Ansatz zu verfolgen. Darüber hinaus unterstreicht der EWSA, dass in manchen Ländern eine Behinderung recht häufig ein Grund für Verfolgung und Diskriminierung sein kann, und fordert daher die EU-Behörden auf, für ihre Agenturen und die Mitgliedstaaten Leitlinien zu erstellen und (für Menschen mit Behinderungen zugängliche) Informationskampagnen über die Themen Behinderung, Migration und Asyl durchzuführen und das Thema Behinderung systematisch und durchgängig in der EU-Migrations- und Flüchtlingspolitik zu verankern.

3.2.12. Die EU sollte sich für Gefahrensituationen und Notfälle im Hinblick auf Menschen mit Behinderungen einen menschenrechtsbasierten Ansatz zu eigen machen, indem sie einen Durchführungsplan annimmt, der mit den Schlussfolgerungen des Rates vom Februar 2015 zu einem den Aspekt der Behinderung berücksichtigenden Katastrophemanagement und dem Sendai-Rahmen im Einklang steht. Darüber hinaus müssen Behindertenorganisationen und Mitarbeiter von Rettungs- und Katastrophenschutzdiensten im Hinblick auf Initiativen zur Katastrophenvorsorge sensibilisiert und informiert werden.

3.2.13. Die Kommission sollte in Bezug auf Justiz und Menschenrechte von Menschen mit Behinderungen eine führende Rolle übernehmen. Der EWSA fordert, dass die GD Justiz eine europäische Konferenz zu allen juristischen Dienstleistungen in der EU abhält, bei der auch Überlegungen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen auf Zugang zur Justiz und die Art der Verknüpfung dieser Rechte mit anderen Rechten (z. B. Rechtsfähigkeit und gleichberechtigte Anerkennung vor dem Gesetz) angestellt werden.

3.2.14. Die Kommission sollte die erforderlichen Mittel für Schulungen von bei der EU und in den Mitgliedstaaten verbeamteten Juristen zur EU-Rechtsetzung und zur UN-Behindertenrechtskonvention bereitstellen. Überdies fordert der EWSA die EU und die nationalen Gerichte nachdrücklich auf, ihre internen Vorschriften und Anweisungen so anzuwenden, dass Menschen mit Behinderungen der Zugang zur Justiz erleichtert wird. Auch die allgemeinen Empfehlungen des UN-Ausschusses für die Rechte von Menschen mit Behinderungen sollten in den Justizverwaltungen auf Ebene der EU und der Mitgliedstaaten berücksichtigt werden. Außerdem empfiehlt der EWSA, dass die GD Justiz die offene Methode der Koordinierung anwenden sollte, um in dieser sehr wichtigen Frage einen ausgewogenen und koordinierten Ansatz der Mitgliedstaaten zu erreichen und so den Weg für eine europäische Lösung im Hinblick auf die gleichberechtigte Anerkennung vor dem Gesetz zu ebnen. Die Kommission sollte im Hinblick auf den Zugang zur Justiz europäische Standards formulieren und ein entsprechendes Benchmarking fördern.

3.2.15. Der EWSA fordert die EU-Organe und Mitgliedstaaten auf, diskriminierende Vormundschaftsgesetze abzuschaffen, um es allen Menschen mit Behinderungen zu ermöglichen, ihre politischen Rechte genauso wahrzunehmen wie ihre Mitbürger. Er weist darauf hin, dass in Bezug auf Abstimmungsverfahren, Wahlkabinen und Stimmmaterialien angemessene Räumlichkeiten und ein barrierefreier Zugang unabdingbar sind.

⁽³⁾ Stellungnahme des EWSA zum Europäischen Rechtsakt zur Barrierefreiheit (ABl. C 303 vom 19.8.2016, S. 103).

⁽⁴⁾ ABl. C 271 vom 19.9.2013, S. 116.

3.2.16. Bedauerlicherweise ist eine unbekannte Zahl von Europäern mit Behinderungen ihrer Freiheit und Sicherheit beraubt, wird festgehalten und wird Zwangsbehandlungen, darunter Zwangssterilisation, unterworfen. Der EWSA ruft die Kommission auf, wirksame Schritte einzuleiten, um diese untragbare Situation zu beenden, mittels Eurostat zuverlässige Daten zu erheben und einen effizienten Bewertungsmechanismus zu entwickeln und anzuwenden.

3.2.17. Der EWSA appelliert an die EU, ihre ethischen Leitlinien im Hinblick auf die Forschung zu überprüfen und insbesondere Beispiele für vorbildliche Verfahrensweisen zu geben, indem sie Einverständniserklärungen in zugänglichen und einfach zu lesenden Formaten ausarbeitet und Vormundschaftsentscheidungen in diesem Bereich verhindert.

3.2.18. Die EU sollte Rechtsvorschriften annehmen, um den Schutz zu harmonisieren und Gewalt, Misshandlung und Ausbeutung zu bekämpfen, und das Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt⁽⁵⁾ ratifizieren. Die EU muss rechtliche und politische Maßnahmen gegen die grenzübergreifenden Aktivitäten in Ländern der EU ergreifen (darunter Handel von Frauen und Kindern mit Behinderungen). Der EWSA ruft die EU auf, Gewalt gegen Kinder mit Behinderungen durch gezielte Maßnahmen und zugängliche Unterstützungsdienste zu bekämpfen.

3.2.19. In der Initiative der Europäischen Kommission für die europäische Säule sozialer Rechte sollten die Bestimmungen der Behindertenrechtskonvention vollständig berücksichtigt und durchgängig verankert werden. Außerdem sollten die notwendige soziale Grundsicherung und wirksame Mechanismen zur Vorbeugung und Minderung von Armut, Gefährdung und sozialer Ausgrenzung von Menschen mit Behinderungen und ihren Familien vorgesehen werden, mit besonderer Berücksichtigung von Frauen, Kindern und älteren Personen mit Behinderungen.

3.2.20. Es muss unbedingt ein System für die Koordinierung von Sozialversicherungen in der EU mit einem präzisen Rahmen für die Übertragbarkeit von Rechtsansprüchen und einer Höchstzahl von Tagen für das Anerkennungsverfahren für Behinderungen ausgearbeitet werden.

3.2.21. Die EU sollte die lange erwartete und dringend erforderliche Europäische Deinstitutionalisierungsstrategie⁽⁶⁾ ausarbeiten und umsetzen, die in erster Linie eine sehr strenge Kontrolle der Verwendung der ESI-Fonds umfassen sollte, um zu gewährleisten, dass diese Mittel ausschließlich in die Schaffung von Unterstützungsdiensten für Menschen mit Behinderungen investiert werden, die ihnen eine unabhängige Lebensführung innerhalb ihrer örtlichen Gemeinschaft ermöglichen. Der EWSA fordert außerdem die Einrichtung eines autonomen europäischen Fonds für die Deinstitutionalisierung.

3.2.22. Der EWSA bedauert, dass die Kommission noch keine Analyse der Auswirkungen der europäischen Struktur- und Investitionsfonds auf Menschen mit Behinderungen gemäß der in der Verordnung über den Europäischen Sozialfonds festgelegten Verpflichtung durchgeführt hat, jährlich über die zum Thema Behinderungen getroffenen Maßnahmen Bericht zu erstatten. Sie sollte u. a. die Ausweitung der Überwachung der Verwendung der ESI-Fonds durch die Kommission (im Einklang mit der UN-Behindertenrechtskonvention und in Konsultation mit den Vertreterorganisationen von Menschen mit Behinderungen) und die von der EU wegen Nichteinhaltung der Ex-ante-Konditionalitäten angestregten Vertragsverletzungsverfahren (Aussetzung, Widerruf, Rückforderung) beleuchten.

3.2.23. Es sind wirksamere nationale Durchsetzungsstellen erforderlich: Ihre Befugnisse müssen harmonisiert und ausgeweitet werden, damit die Durchsetzung der Fahrgastrechte für alle Reisearten vereinfacht wird; außerdem muss das entsprechende Beschwerdeverfahren vereinfacht werden. Weiterhin fordert der EWSA die Kommission auf, die Gratisbeförderung von Pflegepersonal für alle Reisearten, darunter Flugreisen, sicherzustellen, wie dies bereits in Verordnung (EG) Nr. 1371/2007⁽⁷⁾ und Verordnung (EU) Nr. 1177/2010⁽⁸⁾ vorgesehen ist.

3.2.24. Die Kommission sollte die Gebärdensprache und die Blindenschrift unverzüglich und in vollem Umfang offizielle anerkennen und eine Bewertung ihrer Kommunikationskanäle und internen Verfahren durchführen, um Informationen so zu erstellen und zu veröffentlichen, dass sie für Menschen mit Behinderungen zugänglich sind. Dazu sollten unterschiedliche zugängliche Formate wie Gebärdensprache, Blindenschrift und unterstützte Kommunikation einschließlich einfach zu lesender Formate gehören. Die EU sollte sicherstellen, dass alle Menschen mit Behinderungen, unabhängig von ihren finanziellen Möglichkeiten, Zugang zu inklusiver Bildung haben.

⁽⁵⁾ Übereinkommen des Europarats.

⁽⁶⁾ ABl. C 332 vom 8.10.2015, S. 1.

⁽⁷⁾ ABl. L 315 vom 3.12.2007, S. 14.

⁽⁸⁾ ABl. L 334 vom 17.12.2010, S. 1.

3.2.25. Die EU sollte einen obligatorischen Qualitätsrahmen für den inklusiven Bildungsaustausch mit Mindestzugänglichkeitskriterien annehmen, mit dem die Mobilität von allen, und insbesondere von jungen Studierenden mit Behinderungen in der EU zum Zwecke der Sekundar-, Hochschul- und Berufsausbildung sichergestellt wird. Alle Partneruniversitäten des Erasmus-Austauschprogramms für Studierende sollten Programme und Infrastruktur für den barrierefreien Zugang zur Bildung anbieten und die uneingeschränkte Teilnahme von allen und insbesondere von jungen Studierenden mit Behinderungen sicherstellen.

3.2.26. Die EU sollte den Vertrag von Marrakesch der Weltorganisation für geistiges Eigentum (WIPO) ratifizieren und seine Ratifizierung durch die Mitgliedstaaten auf nationaler Ebene erleichtern und fördern, damit zugängliche Versionen gedruckten Materials für Menschen mit Sehbehinderungen und Leseeinschränkungen frei zirkulieren können.

3.2.27. Der EWSA ruft die Kommission zur Ausarbeitung und Durchführung einer gezielten Initiative zur Umsetzung der Agenda 2030 und der Ziele für nachhaltige Entwicklung für Menschen mit Behinderungen innerhalb der EU und im Rahmen ihrer Außenpolitik einschließlich Entwicklungszusammenarbeit und internationalen Handels auf.

3.3. Besondere Pflichten (Artikel 31-33)

3.3.1. Der EWSA fordert Eurostat nachdrücklich auf, eine Konferenz zu veranstalten, um einen einheitlichen Mechanismus für Folgemaßnahmen zur abschließenden Bemerkung 71 durch die statistischen Ämter aller EU-Mitgliedstaaten zu vereinbaren. Es muss ein europäischer statistischer Mechanismus für die Rechte von Menschen mit Behinderungen, aufgeschlüsselt nach Behinderung, Geschlecht und Alter, geschaffen werden, mit dem operationelle Informationen für europäische und nationale politische Maßnahmen in Bezug auf Menschen mit Behinderungen gesammelt werden.

3.3.2. Die Kommission sollte die Rechte von Menschen mit Behinderungen systematisch und durchgängig in allen internationalen Kooperationsmaßnahmen und -programmen der EU verankern. Der EWSA begrüßt das EU-Pilotprojekt zur „Schließung der Lücke“ und fordert die Verabschiedung eines EU-Finanzierungsprogramms zugunsten der Rechte von Menschen mit Behinderungen. Dieses Finanzierungsprogramm sollte (wie es in einigen europäischen Ländern bereits der Fall ist) in enger Zusammenarbeit mit europäischen Behindertenorganisationen als zwischengeschalteten Stellen umgesetzt werden, die die politischen und finanziellen Prioritäten steuern, verwalten und definieren. Es muss sichergestellt werden, dass Projekte, die nicht im Einklang mit den Bestimmungen der UN-Behindertenrechtskonvention stehen, keine europäische Förderung erhalten.

3.3.3. Die Kommission muss der abschließenden Bemerkung Nr. 75 in vollem Umfang Rechnung tragen und in all ihren Generaldirektionen, Agenturen und Einrichtungen zentrale Anlaufstellen schaffen. Alle zentralen Anlaufstellen sollten pro Jahr mindestens drei Sitzungen abhalten, an denen Vertreter von Behindertenorganisationen teilnehmen und umfassend mitwirken. Am 3. Dezember eines jeden Jahres sollte die Kommission ihren Jahresbericht über die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention durch die EU und ihre Mitgliedstaaten veröffentlichen.

3.3.4. Der EWSA begrüßt den Beschluss der Europäischen Kommission, aus der unabhängigen Überwachungsstruktur auszuschneiden, da sie dadurch den Weg für einen tatsächlich unabhängigen Mechanismus unter der Aufsicht eines aus den Mitgliedern der unabhängigen EU-Struktur bestehenden Leitungsorgans ebnet. Damit die entsprechenden Aufgaben im Rahmen der EU-Struktur jedoch wirksam wahrgenommen werden können, müssen dringend die entsprechenden Human- und Finanzressourcen bereitgestellt werden.

3.4. Einhaltung der Bestimmungen der Konvention durch die EU-Organe (als öffentliche Verwaltungen)

3.4.1. Die EU-Organe müssen ihre Personalpolitik überprüfen und an die Bestimmungen der UN-Behindertenrechtskonvention anpassen, um sicherzustellen, dass Menschen mit Behinderungen und Bedienstete mit Angehörigen mit Behinderungen angemessene Bedingungen und Unterstützung vorfinden, um ein Gleichgewicht zwischen ihrer Arbeit und ihren familiären Verpflichtungen schaffen zu können. Der EWSA fordert die EU auf, ihr gemeinsames Krankheitsfürsorgesystem, das Altersversorgungssystem sowie auf Menschen mit Behinderungen ausgerichtete Maßnahmen der sozialen Sicherheit zu überarbeiten, um dafür Sorge zu tragen, dass Menschen mit Behinderungen nicht diskriminiert werden und gleiche Chancen erhalten, u. a. indem anerkannt wird, dass sich durch eine Behinderung bedingte gesundheitliche Bedürfnisse von einer Krankheit unterscheiden, sowie eigenständiges Wohnen und Arbeiten dadurch gefördert wird, dass zusätzliche Kosten für Ausstattungsgegenstände oder Dienstleistungen, die für die Arbeit erforderlich sind, voll erstattet werden.

3.4.2. Alle EU-Organe sollten unbedingt proaktiv Initiativen zur Einhaltung der Zugänglichkeitsbestimmungen der Richtlinie über den barrierefreien Zugang zu Websites öffentlicher Stellen mit einem konkreten Zeitrahmen durchführen und so in diesem entscheidenden Bereich in Bezug auf die Rechte von Menschen mit Behinderungen mit gutem Beispiel vorangehen.

3.4.3. Der EWSA fordert die Kommission und den Obersten Rat der Europäischen Schulen auf, einen Plan anzunehmen und die notwendigen finanziellen und personellen Ressourcen bereitzustellen, um ein inklusives System für qualitativ hochstehende Bildung auf allen Ebenen der Europäischen Schulen zu entwickeln und umzusetzen und so angemessene Bedingungen, Unterstützung und eine Politik der Nichtablehnung für alle Schüler mit Behinderungen in der Primar- und Sekundarstufe sicherzustellen.

3.4.4. Da das Beschäftigungsniveau von Menschen mit Behinderungen in der EU niedrig ist, ruft der EWSA die EU-Organe auf, ein Einstellungssystem mit positiver Diskriminierung (einschließlich spezieller Auswahlverfahren) einzuführen, um die Anzahl von Menschen mit Behinderungen, die in ihren Diensten arbeiten, zu erhöhen, indem sie angemessene Infrastruktur und Unterstützung anbieten. Die Umsetzung dieser Politik muss alle zwei Jahre im Hinblick auf eventuelle Korrekturmaßnahmen überprüft werden.

3.4.5. Der EWSA ruft die EU-Organe, Agenturen und Einrichtungen auf, dafür zu sorgen, dass das bestehende Bedienstetenstatut voll und ganz im Einklang mit der UN-Behindertenrechtskonvention angewandt wird und die internen Vorschriften und Durchführungsbestimmungen unter uneingeschränkter Anwendung der Bestimmungen der Konvention konzipiert werden.

3.4.6. Der EWSA verpflichtet sich, eine Struktur für die interne Umsetzung der abschließenden Bemerkungen im Hinblick auf die Personalpolitik, auf Systeme für die Kommunikation mit Bürgern und EWSA-Mitgliedern sowie die vollständige Inklusion und Gleichstellung von EWSA-Mitgliedern mit Behinderungen zu entwickeln. Er wird auch sicherstellen, dass dies im Rahmen seiner Beziehungen zu Unternehmen, Gewerkschaften und der Zivilgesellschaft gefördert wird. Diese neue Politik wird in enger Zusammenarbeit mit der ständigen Studiengruppe des EWSA für die Rechte von Menschen mit Behinderungen entwickelt.

Brüssel, den 19. Oktober 2016

Der Präsident
des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses
Georges DASSIS